

PB Nr. 2 KM/RJ

Oslo, 6. Januar 1992

Island zum Jahreswechsel:Neuer Premierminister unter Druck

Der neue isländische Premierminister David Oddson ist seit seinem Amtsantritt im Mai im Verlaufe des vergangenen Jahres immer stärker unter Druck geraten. Oddsson begann das Jahr als der populärste Bürgermeister, den die isländische Hauptstadt je hatte, und beendete es als des Landes unpopulärster Premierminister, seit dort Meinungsumfragen durchgeführt werden. Der Grund für seine Unpopularität ist zunächst sicher in den wirtschaftlichen Problemen zu suchen, die die Sanierungspolitik der Mitte-Rechts-Koalitionsregierung mit sich bringt. Zum andern dürfte sie aber auch in seinem direkten persönlichen politischen Stil, der die Konfrontation nicht scheut, zu suchen sein. Was ihm in Reykjavik zu Popularität - aber auch zum Ruf eines Populisten - verholfen hat, scheint sich nun auf nationaler Ebene ins Gegenteil zu verkehren. Seine einem neoliberalen Credo verpflichtete Politik schafft ihm in den Gegenden ausserhalb der Hauptstadt, deren Ueberleben zum grossen Teil von staatlichen Subventionen abhängt, keine Freunde und sein pointierter Stil verschärft die politischen Gegensätze.

David Oddssons Machtübernahme als Chef der Unabhängigkeitspartei im Vorfeld der Parlamentswahlen war einer grossen politischen Ueberraschung gleichgekommen. Mit seinem Einstieg in die nationale Politik war erst für später gerechnet worden. Das Wahlresultat brachte dann allerdings bereits die erste Ernüchterung: entgegen allen Meinungsumfragen und Prognosen gelang es der Unabhängigkeitspartei nicht, den erwarteten Wahltriumph zu erzielen. Wohl gewann sie die Wahlen, doch fand der vorhergesagte Erdrutsch nicht statt. Im wesentlichen verdankte die Unabhängigkeitspartei ihren Wahlsieg dem Verschwinden der Bürgerpartei, deren Wähler sich wieder ihrer angestammten Partei zuwandten. Erst dank der Unterstützung der Sozialdemokraten gelang es David Oddsson, eine Regierung zu bilden. Den Sozialdemokraten kam bei der Regierungsbildung eine Schlüsselrolle zu, hätten sie doch auch eine Fortsetzung der alten Regierungskoalition ermöglichen können. Mit fünf Ministerposten im zehnköpfigen Kabinett wurden sie als Juniorpartner der Unabhängigkeitspartei für ihre Unterstützung entsprechend gut belohnt. Ihr Parteichef, Jon Baldvin Hannibalsson, behielt auch in der neuen Regierung sein Amt als Aussenminister.



Die beiden Regierungspartner gelten als die "europafreundlichsten" aller isländischen Parteien. Ihre Parteichefs warfen ihr ganzes politisches Gewicht in die Waagschale zugunsten des EWR. Das im Oktober erzielte Verhandlungsergebnis priesen sie als grossen Triumph, als "Schlüssel zum 21. Jahrhundert", wie der Aussenminister sich ausdrückte. Der Fischereiminister meinte gar, Island hätte sich überhaupt kein besseres Abkommen wünschen können. Mit dem Verhandlungsergebnis wurden die isländischen Hauptziele erreicht: Bewahren einer autonomen Fischereipolitik und grösstmöglicher zollfreier Marktzugang für alle Fischereieexporte. Angesichts der klaren Mehrheitsverhältnisse, sollte der Ratifikation eigentlich nichts mehr im Wege stehen. Allerdings zeigte die ansetzende Debatte, dass sich langsam Widerstände gegen den EWR zu regen beginnen. Vor allem wird befürchtet, dass sich allen Schutzklauseln und Versicherungen der Regierung zum Trotz die Einwanderung von Ausländern nicht in gewünschtem Masse kontrollieren lasse. Eine überparteiliche Gruppierung, die sich aus Vertretern des linken und rechten Randes des politischen Spektrums zusammensetzt, fordert eine EWR-Volksabstimmung und hat begonnen, dafür Unterschriften zu sammeln. Die eigentliche substantielle Debatte wird aber erst erwartet, wenn alle relevanten Texte vom Acquis bis zum EWR-Abkommen in isländischer Uebersetzung vorliegen.

Das Gutachten des EuGH kurz vor Weihnachten schliesslich liess die alte Grundsatzdiskussion wieder aufleben, ob Island angesichts seiner Sonderstellung nicht mit einem bilateralen Vertrag mit der EG besser bedient wäre. Die Befürworter des bilateralen Vorgehens sehen im erneuten Aufschub der Paraphierung des Abkommens einen willkommenen Anlass für eine Denkpause. Ihr Wortführer ist der frühere Premierminister und Chef der Fortschrittspartei, Steingrimur Hermansson. Aber auch Premierminister David Oddsson machte schon Andeutungen in diese Richtung. In einer ersten Reaktion sprach er von "inneren Schwächen der EG", die die Verantwortung für ein allfälliges Nichtzustandekommen des EWR trage und verpflichtet sei, Island die im Oktober ausgehandelte Substanz auf dem Gebiete der Fischerei auf bilateralem Wege zuzusichern.

Isländische Kommentatoren wiesen darauf hin, dass der institutionellen Seite des Abkommens für Island grösste Bedeutung zukomme. Die Frage der Gerichtsbarkeit sei für das Land wichtiger als für alle andern EFTA-Partner, die sich ohnehin auf den EG-Beitritt vorbereiteten. Jede Lösung, die hinter dem im Oktober ausgehandelten Vertragstext zurückbleibe, habe deswegen für Island weitreichendere wirtschaftliche und verfassungsrechtliche Folgen. Von einer zufriedenstellenden Lösung des neu auszuhandelnden institutionellen Teils des EWR-Abkommens dürfte letzten Endes das politische Ueberleben David Oddssons, des einstigen Hoffnungsträgers der isländischen Rechten, abhängen. Ohne EWR und Fischereilösung verschärfen sich die

wirtschaftlichen Probleme des so stark von den Fischereiexporten abhängigen Landes, was die innerparteiliche Opposition gegen den Premierminister verstärken dürfte. Die Wunden aus dem erbittert geführten Machtkampf vom vergangenen Jahr sind noch nicht vernarbt und David Oddssons Gegner innerhalb der Partei warten nur darauf, ihre Messer zu wetzen und ihn politisch erledigen zu können. Ein als Scheitern empfundener Ausgang des EWR-Prozesses könnte dafür einen willkommenen Anlass bieten.

Der Schweizerische Geschäftsträger a.i.


Markus Kummer

Oslo, 6. Januar 1992 KM/RJ

Kopie: - Integrationsbüro
- Mission Brüssel